

Dr. Karsten Hinrichsen, Dorfstr. 15, 25576 Brokdorf, Tel 04829/7080

email: karsten-hinrichsen@web.de,

Mitglied der Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Untere Elbe www.bi-unterelbe.net

Sehr geehrte Frau Morlok,

die Einweihung der Bürocontainer der SWS erfolgt

- a. am falschen Ort
- b. zum falschen Zeitpunkt
- c. mit unübersehbaren finanziellen Risiken

zu a.

Der gewählte Standort (SWS kann über ihr vorgesehene Kraftwerksgelände noch gar nicht verfügen) in unmittelbarer Nachbarschaft zur Sonderabfallverbrennungsanlage SAVA ist symptomatisch für die menschenverachtenden Planungen des SWS:

- Er birgt eine erhebliche Gesundheitsgefährdung für die MitarbeiterInnen, die in den Büros arbeiten müssen, weil sie den Abgasen der SAVA, den Staubverwehungen der angrenzenden Kohlelager, den Gerüchen aus der SAVA und dem Lärmpegel von Hafen und SAVA ausgesetzt sind. (Gestern, 1.4., 15 Uhr, bei nördlichen Winden, war es dort schier nicht auszuhalten. Wegen eines sich ankündigenden Brechreizes mussten wir den Standort fluchtartig verlassen.)
- Bisher ist die SWS nicht gewillt, Emissionswerte entsprechend dem bestverfügbaren Stand der Rückhaltetechnik zu beantragen, sodass die Nachbarn, die landwirtschaftlich genutzten Flächen und das Klima in unverantwortlicher Weise geschädigt werden. (Dazu liegt mir ein Brief von 12 der 15 Gemeinden der Wilstermarsch an die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel vor, in dem es u. a. heißt: „Wir bitten Sie hiermit eindringlich, die Interessen der in der Wilstermarsch lebenden Menschen stärker als bisher zu gewichten“)
- nicht einmal zur Einhausung der riesigen Kohlelager (500 m lang, dreimal so hoch wie der Elbdeich) wollte sich SWS bisher entschließen.

zu b.

Harte betriebswirtschaftliche Gründe für das Aufstellen der Bürocontainer gibt es nicht:

- eine Baugenehmigung für das Kohlekraftwerk gibt es nicht
- bisher liegt der dafür erforderliche Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz nur als nachbesserungsbedürftiger Entwurf vor
- laut Handelsregisterauszug des Amtsgerichts Stuttgart vom 3.12.08 beteiligen sich am Projekt bisher erst rund 50 Stadtwerke. Bisher sind erst Einlagen von etwa 300 MW (der geplanten 1800 MW) gezeichnet
- die Frist zum Einreichen einer Normenkontrollklage gegen den Vorhaben bezogenen B-Plan Nr. 56 ist noch nicht abgelaufen
- bei der EU ist eine Beschwerde der Bürgerinitiative wegen der Verletzung nicht beachteter Vergaberichtlinien anhängig

zu c.

- Die deutsche und europäische Gesetzgebung zur Abscheidung und Lagerung von CO², CCS, machen das Projekt endgültig unwirtschaftlich (übrigens wird Schleswig-Holstein das Bundesland sein, in dem vorrangig CO² in salinen Aquiferen verpresst werden soll. Wenn diese Gesetzesvorhaben öffentlich bekannt werden, wird die Akzeptanz für Kohlekraftwerke in Brunsbüttel noch weiter abnehmen)
- der von den beteiligten Stadtwerken/Kommunen erhoffte günstige Strompreis wird sich wegen der Kosten für CCS oder die alternativ zu erwerbenden CO²-Zertifikate nicht realisieren lassen
- die vorhandene Leitungskapazität wird vorrangig der Ableitung von Windstrom zur Verfügung stehen.

Unsere Bitte: Investieren Sie NUR noch in erneuerbare Energien. Ohne die Auskopplung der anfallenden Wärme ist das Projekt auch nicht mit den Klimaverpflichtungen der Bundesregierung vereinbar.

Beenden Sie die Planungen für dieses törichte Projekt.

Ihr

Karsten Hinrichsen